

Fortschritt und soziale Gerechtigkeit.

Es ist Zeit für die Renaissance sozialer und demokratischer Politik –
ein Beitrag zur sozialdemokratischen Positionsbestimmung des
gesellschaftlichen Fortschritts

Hessengipfel der SPD 2011

Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL
Vorsitzender SPD Hessen
Vorsitzender SPD Landtagsfraktion



**Besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf,
dass jede Zeit eigene Antworten will. Willy Brandt**

Fortschritt und soziale Gerechtigkeit.

Es ist Zeit für die Renaissance sozialer und demokratischer Politik – ein Beitrag zur sozialdemokratischen Positionsbestimmung des gesellschaftlichen Fortschritts

In Zeiten der Unsicherheit, der Suche und der neuen Chancen lohnt sich der Blick darauf, wann die SPD in besonderer Art und Weise gesellschaftliche Debatten bestimmen und Deutschland in sozialer und demokratischer Weise fortschrittlich bewegen konnte. Was waren die sozialdemokratischen Versprechen, und was war ihre Umsetzung? Welche Visionen, welche Ideen haben die SPD attraktiv gemacht, und welche reale Politik hat Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit, Hoffnung und Zuversicht in den Menschen ausgelöst?

Das zentrale Versprechen der Sozialdemokratie in den 1960er- und 1970er-Jahren waren gesellschaftliche, demokratische und wirtschaftliche Teilhabe und sozialer Aufstieg. Dieses Versprechen war eng mit einer klaren Vorstellung verbunden, dass das Primat demokratisch legitimer Politik gilt und der Staat als Ausdruck des demokratischen Gestaltungsanspruchs handlungsfähig war. Die Hierarchie zwischen Staat und Markt war klar und akzeptiert. Der rheinische Kapitalismus mit seinem kooperatistischen Modell war integraler Bestandteil dieser Strategie des sozialen und ökonomischen Erfolgsmodells. Staat und Markt standen bei allen Gegensätzen in einer Verantwortungsgemeinschaft. Bildungsreformen und soziale Verteilungskämpfe wurden im sozialdemokratischen Sinne zugunsten der Mehrheit der Menschen entschieden.

Dieses Erfolgsmodell ist in den 1980er- und 1990er-Jahren massiv unter Druck geraten. Mit der ökologischen Frage und damit verbunden der Diskussion über die Grenzen des Wachstums und mit der großen Dynamik der wirtschaftlichen Globalisierung stand die Politik vor neuen Herausforderungen.

Der gesellschaftliche Konsens über die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Produktivitäts- und Wachstumsgewinnen wurde aufgekündigt. Neoliberale Theorien griffen Raum in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Der Gestaltungsanspruch des Staates wurde zurückgeführt oder gar negiert, und die alte Hierarchie zwischen Staat und Markt wurde ins Gegenteil verkehrt. Dies hatte vor allem Folgen für die Arbeitswelt sowie für die Armuts- und Reichtumsentwicklung. Die zunehmende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes einerseits und eine einseitige Exportorientierung bundesdeutscher Wirtschafts- und Sozialpolitik andererseits haben zu erheblichen Verschiebungen in der Einkommens- und Vermögensentwicklung geführt.

Mitten in diesen Siegeszug des Neoliberalismus fällt mit dem Wahlsieg 1998 die Erneuerung des Versprechens, Fortschritt für die Mehrheit, für alle Menschen als persönlichen Fortschritt zu ermöglichen – diesmal unter der Überschrift „Innovation und Gerechtigkeit“. Wieder ging es darum, sozialen Aufstieg unter veränderten, unter fortschreitenden Bedingungen für die Menschen zu ermöglichen, es ging um Wohlstandssicherung und eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. In der realen Erfahrung vieler Menschen hat die SPD jedoch ihre Versprechen nicht oder nur teilweise einlösen können. Die Versprechen des Neoliberalismus – der Markt regelt die Dinge besser als der Staat, wir müssen den Gürtel enger schnallen, damit es danach allen besser geht –, die den wissenschaftlichen, den öffentlichen und den gesellschaftlichen Diskurs fast alternativlos bestimmt haben, sind auch an der Politik der SPD nicht spurlos vorübergegangen. Sie waren mit den sozialdemokratischen Versprechen und Hoffnungen nicht in Übereinstimmung zu bringen.

So sind in den vergangenen zehn Jahren die Durchschnittsgehälter um 4,5 % gesunken, während in Norwegen 25,1 %, in Finnland 22 % und selbst in Großbritannien 14 % inflationsbereinigtes Lohn- und Gehaltswachstum erreicht wurde (Global Wage Report 2010/2011, ILO). Die Lohn- und Gehaltsentwicklung unterscheidet sich nach Branchen deutlich, aber die Gesamtentwicklung ist nachhaltig. In noch höherer Dynamik haben sich die privaten Vermögen aufgebaut. Die Privatvermögen werden in Deutschland auf rund 6.600 Mrd. € geschätzt, das oberste Prozent hält davon alleine rund 25 %, die „unteren“ zwei Drittel halten davon entweder nichts oder nur sehr wenig.

Damit haben sich die Voraussetzungen und Möglichkeiten für den sozialökonomischen Aufstieg breiter Bevölkerungsschichten zunehmend verschlechtert. Dies kann heute sehr anschaulich am weitreichenden Scheitern der Bildungsreformen, einer zunehmenden Bildungsspaltung und eines eingeeengten Bildungsauftrags festgestellt werden. Die Ausbreitung von Ängsten und Unsicherheiten hat in der Folge auch in die gesellschaftliche Mitte hinein zugenommen. „Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf.“ Die Sorgen um den Arbeitsplatz und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nehmen zu. Im gleichen Zug steigt die Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen und sozialen Lage vor allem in den unteren und mittleren Einkommensschichten. Daran kann auch die positivere wirtschaftliche Gesamtlage nichts ändern, weil der derzeitige Aufschwung bei einem erheblichen Teil der Bürgerinnen und Bürgern nicht ankommt bzw. mit Einschränkungen ihrerseits (Lohnzurückhaltung, Kurzarbeit etc.) erreicht wurde.

„Wohlstand für alle“ ist im derzeitigen Wirtschaftsaufschwung nicht erkennbar. Ihn – den „Wohlstand für alle“ – wird es nur mit einem Paradigmenwechsel in der Ausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik geben.

Ein weiteres Aufstiegshindernis wurde durch die Deregulierung der Arbeitswelt (Niedriglohn, Leiharbeit etc.) aufgestellt. Heute sind rund 37 % aller erwerbstätigen Personen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen angestellt, die zu prekären Lebenssituationen führen oder führen können, hinzu kommen 8 % ohne Arbeit. Eine solche Arbeitsmarktsituation ist weder in der Lage, existenzsichernde Löhne und

Gehälter sicherzustellen noch die damit verbundene gesellschaftliche Teilhabe zu sichern. Wenn die Hälfte aller unter 35-jährigen Beschäftigten noch nie eine unbefristete Tätigkeit hatte, muss man sich auch über die gesellschaftlichen Auswirkungen, z. B. bei der Gründung einer eigenen Familie, nicht wundern.

Es ist Zeit für eine Renaissance sozialer und demokratischer Politik

Die SPD hat in Regierungsverantwortung in der größten Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegswelt bewiesen, dass Fortschritt und sozialer Zusammenhalt ihr historischer politischer Ausweis sind (Kurzarbeit mit Weiterbildung, Konjunkturprogramme) und früher als alle anderen Parteien erkannt und entlarvt, wohin eine von weiten Teilen der Gesellschaft fast kritiklos übernommene dogmatische Orientierung von Personen der Führungselite in Staat und Wirtschaft führen kann.

Die SPD steht nun vor der großen Aufgabe, die öffentliche politische Debatte mit Leben, kontroverser Perspektive und Hoffnung zu füllen – anstelle der herrschenden politischen Entleertheit und Orientierungslosigkeit. Die Menschen erwarten von der SPD zu Recht, dass sie die Gestaltungskraft der Politik einfordert und den Fortschritt gestaltet.

Die Chance dazu besteht, weil zu keinem anderen Zeitpunkt in der Nachkriegsgeschichte mit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise die Ohnmacht der Bürgerinnen und Bürger und von weiten Teilen der Politik größer war. Das Gefühl, den Finanzmärkten und anonymen Entscheidungen in den Zentralen der Finanz- und Bankenwelt ausgeliefert zu sein, hält sich nachhaltig und sucht nach politischen Alternativen. Das Spiel der Finanzmärkte mit den Eurostaaten ist beispielhaft für die Fortdauer dieser Ohnmacht. Keine Rede der Bundesregierung, keine Entscheidung der G 20 hat bisher zu einer wirklichen Veränderung geführt. Diese Ohnmacht entlädt sich derzeit in vielen Konflikten unserer Zeit. Das Grundvertrauen in die Lösungskompetenz von Politik und Staat ist angegriffen. Genau in dieser Situation besteht die Chance von politischen Alternativen, die den Gestaltungsanspruch von Politik erneuern. Wir sind die einzige Partei, die die Früchte des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts gerecht verteilt und gesellschaftlichen Wandel sozial gestaltet.

Die Sozialdemokratie ist die einzige politische Kraft, die dem Modell einer Ellenbogengesellschaft ein anderes Bild entgegenstellt – die Renaissance der sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Der Reduzierung von Politik auf die Vertretung einzelner Klientelinteressen und deren anschließender Aushandlung stellen wir eine umfassende auf die Zukunft gerichtete Vorstellung des sozialen gesellschaftlichen Miteinanders, des ökonomischen und ökologischen Fortschritts und damit der persönlichen Wohlstands-, Teilhabe- und Aufstiegserwartung aller entgegen.

Der Unterschied zwischen einer Volks- und einer Klientelpartei besteht nicht darin, wer bei Umfragen die meisten Stimmen hat, sondern wessen Interessenvertretung

nur einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe gilt oder wessen Interessenvertretung das Allgemeinwohl und die Verbesserung der unterschiedlichen Lebenslagen der Mehrheit der Menschen in das Zentrum seiner Politik stellt.

Für uns heißt das, Gerechtigkeit zum Ausgangspunkt unserer Politik zu machen. Gerechtigkeit nicht, wie oft in den vergangenen Jahren geschehen, als beliebigen und nahezu wertfreien Begriff in die öffentliche Debatte zu werfen, sondern ihn im wahrsten Sinn des Wortes wieder wertvoll zu machen. Dabei unterscheiden wir vier Dimensionen von Gerechtigkeit, die in der öffentlichen Debatte eine Rolle spielen, die miteinander im direkten Zusammenhang stehen, ohne dabei widerspruchsfrei zu sein.

Während der Gerechtigkeitsbegriff der **Chancengleichheit** vornehmlich auf den Start ins Leben bezogen wird und ohne Bezugspunkt bleibt, betrachten wir die Herstellung von Chancengleichheit als eine Aufgabe, die alle Lebensphasen umfasst. Uns reicht es zum Beispiel nicht, wenn Chancengleichheit zwischen den armen und den ärmsten Kindern hergestellt wird, sondern den Maßstab müssen die Chancen eines Mittelstandskindes bilden. Zur Chancengleichheit gehört, eine allgemeine Freiheit von Diskriminierung zu gewährleisten, die die Gleichstellung der Frau sichert und die Benachteiligung aufgrund der Herkunft, Religion oder Kultur ein Leben lang verhindert.

Einer der beliebtesten (Kampf-)Begriffe ist der der **Leistungsgerechtigkeit**. Aber wer definiert, was leistungsgerecht ist? Bisher wird die Entscheidung vom größten Teil der veröffentlichten Meinung dem Markt zugewiesen, dem gleichzeitig eine generelle Funktionsfähigkeit unterstellt wird. Dies berücksichtigt aber weder die Auswirkungen von Angebot und Nachfrage auf die Preisbildung (von Arbeit) noch gesellschaftliche und betriebliche Hierarchien und Machtverhältnisse, noch Leistungen, die außerhalb von Märkten (z. B. soziale Arbeit, Bildungs- oder Familienarbeit) erbracht werden. Eine Marktdefinition von Leistung wird weder dem subjektiven Gerechtigkeitsempfinden der Menschen noch objektiven Maßstäben an relative Gleichheit und Gleichbehandlung gerecht. Bankchef Josef Ackermann kann für seine Arbeitskraft vielleicht den x-hundertfachen Marktwert im Vergleich zu einer Krankenschwester erzielen, doch niemand wird ihm auch die x-hundertfache Leistung bescheinigen. Leistungsgerecht aus sozialdemokratischer Sicht ist eine gerechte Beteiligung der Arbeitnehmer an dem, was sie erwirtschaften durch gute Löhne, gleiche Löhne für gleiche Arbeit, eine leistungsgerechte Entlohnung der sozialen Arbeit auf der einen Seite, aber auch die Sicherung des Äquivalenzprinzips in der Rente und eine fiskalische Neubewertung von leistungslosem Vermögen.

Die eigentliche Vorstellung hinter dem Begriff „Leistungsgerechtigkeit“ ist es, einen Leistungsanreiz zu schaffen, der zu einer eigenen Anstrengung motiviert, die über ein höheres Sozialprodukt zu einer Verbesserung für alle führt. Diesen Leistungsanreiz wieder für alle dadurch erfahrbar zu machen, dass durch Leistung sozialer Aufstieg real möglich ist, das ist das Ziel sozialdemokratischer Politik.

Verteilungsgerechtigkeit und Bedarfsgerechtigkeit werden im öffentlichen Diskurs gerne gegen die vermeintliche Leistungsgerechtigkeit ausgespielt. Obwohl es richtig ist, dass sich beide gegenseitig begrenzen, sind Verteilungsgerechtigkeit

und Chancengleichheit die Voraussetzungen dafür, dass sich Leistung und nicht Herkunft lohnt. Beispielhaft wird das bei der Frage der Regelsatzdiskussion, bei der die Frage der Bedarfsgerechtigkeit für Kinder und Familien auch von Teilen der konservativ-liberalen Koalition als Voraussetzung für eine Verbesserung ihrer Chancen (keine Chancengleichheit) und damit einer Verbesserung ihrer Möglichkeiten, Leistung zu erbringen und gesellschaftlich aufzusteigen, betrachtet wird.

Bedarfsgerechtigkeit ist auf einen starken, handlungsfähigen Staat und gesellschaftliche Solidarität angewiesen. Die Bedarfsgerechtigkeit umfasst die Verteilung von erstens öffentlichen und meritorischen Gütern und zweitens von privaten Gütern. Die politischen Instrumente sind neben Steuern und Abgaben genauso zahlreich wie die politischen Themen: Daseinsvorsorge, Teilhabe und Regelsätze, Steuerpolitik, Wohnungspolitik, Gesundheit, Erziehung und Bildung usw.

Bedarfsgerechtigkeit steht in unserer Gesellschaft im direkten Zusammenhang mit Art. 1 GG und der Würde des Menschen, die unabhängig von seiner produktiven Leistung oder konformen Verhaltensweisen als unantastbar garantiert wird. Die konkrete Ausgestaltung ist einer kontinuierlichen gesellschaftlichen Verteilungsauseinandersetzung unterworfen, in der die SPD Partei für umfassende gesellschaftliche Teilhabe und soziale Durchlässigkeit ergreifen muss.

Auch die sozialdemokratische Politik der vergangenen Jahre hat dem Trend zur Entsolidarisierung und Privatisierung der Lebensrisiken nicht ausreichend Widerstand entgegensetzen und beispielsweise ein Konzept wie die Bürgerversicherung im Gesundheitswesen in der Großen Koalition durchsetzen können. Für CDU/FDP sind Entsolidarisierung und Privatisierung von Lebensrisiken aber ausdrücklich ein politisches Ziel. Die SPD muss noch stärker die Partei der Patientinnen und Patienten ergreifen und sich der Gesundheitslobby entgegenstellen. Fortschritt heißt: mehr Prävention, mehr Gesundheit, mehr Zeit und Hilfe in solidarischer Gemeinschaft finanziert.

Die **Generationengerechtigkeit** wird in der politischen Debatte gerne dazu missbraucht, Menschengruppen bei Verteilungskämpfen gegeneinander auszuspielen. Scheinbar geht es darum, wie viel die jeweils produktive Generation an die ältere (z. B. Rente) und an die jüngere (z. B. Bildungs- und Infrastrukturinvestitionen) bezahlt. Das soll von den eigentlichen Verteilungsfragen zwischen den Reichen und Armen innerhalb jeder Generation und der gesamten Gesellschaft ablenken.

Zur Generationengerechtigkeit gehören aber auch die Beziehungen zwischen aufeinander folgenden Generationen. Welches Erbe hinterlässt man seinen Nachkommen? Dabei gilt es, nicht nur ökologische Fragen (z. B. Atommüll, Arten- und Naturschutz), sondern gerade auch nach der Finanzmarktkrise die Fragen nach der Wirtschaftsordnung, aber auch nach der demokratischen Ordnung und Solidaritätsbeziehungen (z. B. solidarische Sicherungssysteme) innerhalb der Gesellschaft, die von einer Generation an die nächste weitergegeben werden, in die Betrachtung mit aufzunehmen. Wir wollen nachfolgenden Generationen eine atomfreie erneuerbare Energieversorgung, ein funktionsfähiges soziales Netz, eine geordnete und zukunftsfähige Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen, hervorragende

Schulen, sanierte Straßen und Schienen, ein geeintes Europa und eine friedliche Welt hinterlassen.

Dem Fortschritt eine Richtung geben: 10 Bekenntnisse

Gerechtigkeit ist für uns handlungsleitend. Mit ihr im Gepäck wollen wir die politischen Debatten bestreiten und unsere Vorstellung einer besseren Welt, eines gesellschaftlichen Fortschritts, der alle mitnimmt, Sicherheit gibt und Beteiligung erwartet, transportieren. In welche Richtung die Gesellschaft marschiert, entscheidet sich in der Sozialdemokratie, sie entscheidet sich an vielen einzelnen Fragen, für deren Mehrheitsfähigkeit wir streiten und kämpfen wollen.

Für die hessische SPD sind dabei folgende Punkte beispielhaft für das Verständnis unseres Fortschrittsbegriffs und Gesellschaftsmodells:

1. Bildung: Ausgangspunkt jedes Fortschritts ist die umfassende Befähigung des Menschen zur Teilhabe. Die frühe Auslese von Kindern im Bildungssystem spätestens nach der Jahrgangsstufe vier ist ebenso falsch wie die mangelnde Aufmerksamkeit der ersten zehn Lebensjahre für den Bildungserfolg von Kindern. Unsere bildungspolitischen Anstrengungen müssen darauf gerichtet werden, dass kein Kind mehr zurückgelassen wird und jedes Kind immer wieder eine Chance bekommt, seine persönlichen Stärken zu fördern. Dies bedeutet z. B. massive Investitionen in richtige Ganztagschulen.
2. Arbeit ist nicht nur Existenzsicherung, sondern auch Ausdruck von Freiheit und Selbstverwirklichung. Arbeit ist deshalb auch mehr als Geld verdienen, dazu müssen aber die Arbeitsbedingungen stimmen und wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt herrschen. Das betrifft die Beendigung prekärer Beschäftigung, gerechte Löhne und die Mitbestimmung. Dies bedeutet z. B., dass wir den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen müssen.
3. Sozialstaatlichkeit muss solidarisch erneuert werden, insbesondere in der Gesundheits- und Pflegepolitik müssen die jeweiligen Herausforderungen angegangen werden. Die zunehmenden Privatisierungen der Lebensrisiken müssen beendet und die Lasten solidarischer Systeme gerechter verteilt werden. Dies bedeutet z. B., dass wir den solidarischen Ausgleich (Beitragsbemessungsgrenze, Wiederherstellung der Beitragsparität) neu regeln müssen.
4. Gleichberechtigung von Frauen ist in den letzten Jahren nicht vorangekommen. Gerade die Gleichstellung in Beruf und Familie folgt überwiegend klassischen Rollenverteilungen. Dies bedeutet z. B. eine stärkere Verpflichtung zur Gleichberechtigung durch ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft.
5. Familie ist dort, wo verschiedene Generationen unter einem Dach oder in einer Verantwortungsgemeinschaft leben. Familie ist keine Frage der Rechtsordnung. Der Rückgang der Geburtenzahlen hat auch mit der

dramatischen Entwicklung am Arbeitsmarkt zu tun. Wer sich nicht selbst am Ende des Monats ernähren kann, wird auch keine Verantwortung für Kinder oder für Eltern und Großeltern übernehmen können. Dies bedeutet z. B., sowohl ein gerechtes Kindergeld als auch den Ausbau familien- und kinderfreundlicher Infrastruktur.

6. Integration ist in vielen Fällen erfolgreich. Die Debatten über eine gescheiterte Integration sind häufig Ausdruck sozialer Unsicherheit und diffuser Ängste. Diese sozialen Unsicherheiten gilt es ebenso zu bearbeiten wie die diffusen Ängste. Diese haben aber nichts damit zu tun, dass die Mehrzahl hier integriert ist. Dies bedeutet z. B., die politische Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund sicherzustellen.
7. Kultur ist nicht ein Sahnehäubchen für gute Zeiten. Der Zugang zu Kultur ist Ausdruck umfassender gesellschaftlicher Teilhabe. Dabei geht es nicht nur um Hochkultur, sondern auch um Alltagskultur. Umfassende Kultur befähigt die Menschen zur Teilhabe. Deshalb dürfen kulturelle und soziale Teilhabe nicht gegeneinander ausgespielt werden. Dies bedeutet z. B., die notwendige finanzielle Ausstattung beider Bereiche sicherzustellen.
8. Energie ist eine Grundvoraussetzung für die Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaften. Die Herausforderungen des Klimaschutzes einerseits und die Sicherstellung bezahlbarer Energie werden das Fortschrittsmodell der kommenden Jahrzehnte bestimmen. Die Fortschreibung überkommener Strukturen der Energieversorgung wie durch die Verlängerung der Atomlaufzeiten sind Gift für den notwendigen Struktur- und Politikwandel. Dies bedeutet z. B., dass wir mutig die 4. Industrielle Revolution mit einem gesetzlichen Vorrang für Energieeffizienz und dem Ziel 100 % erneuerbare Energie einleiten müssen.
9. Daseinsvorsorge ist Ausdruck des handlungsfähigen Staates und des Vorrangs der Politik gegenüber dem Markt. Sie ist die Grundlage dafür, dass die Ohnmacht der Bürgerinnen und Bürger sowie der Politik überwunden werden kann. Sie ist Ausdruck eines solidarischen Ausgleichs unterschiedlichster Interessenlagen. Wir müssen zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit des Staates die notwendigen finanziellen Grundlagen schaffen. Schulden sind keine Lösung, daher werden wir auch die Lastenverteilung angesichts dramatischer Vermögensunterschiede aufrufen müssen. Dies bedeutet z. B. auch eine deutliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes.
10. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Deshalb muss ein neuer Fortschritt diese Dimension internationaler und innerstaatlicher Politik umfassen. Unsere sozialdemokratischen Maßstäbe gerechter und demokratischer Politik müssen eine internationale und europäische Dimension haben. Das gilt insbesondere in der aktuellen europäischen Auseinandersetzung, die Unfrieden in Europa sät und das europäische Friedensmodell gefährdet. Dies bedeutet z. B., eine wirtschaftliche und soziale Integration voranzutreiben.

Während die Politik insgesamt unter dem Misstrauen in ihre Handlungsfähigkeit leidet, stiegen mit der Krise und steigen auch weiterhin die Anforderungen an die Politik, die sich lange selbst nicht ernst genug genommen hat.

Die Renaissance des sozialdemokratischen Gesellschaftsmodells ist auch deshalb nötig und möglich, weil es eine gesellschaftliche Erwartungshaltung dazu gibt. Dazu müssen wir nach dem Ende des autoritären Staatssozialismus 1989 und des Neoliberalismus 2008 den Mut haben, dieses soziale Aufstiegs- und Fortschrittversprechen zu erneuern. Dies erfordert klare Positionierungen auf langer Linie anstelle der Orientierung an kurzfristigen Kommentarlagen. Es erfordert ein tiefes Vertrauen in uns selbst und in die Idee einer freien, sozial gerechten, friedlichen, solidarischen und demokratischen Gesellschaft.

„Die Grundvoraussetzung jedes Fortschritts ist die Überzeugung, dass das Nötige möglich ist.“ (Norman Cousins, 1915-97)